



24.069

**Handels- und
Wirtschaftspartnerschaftsabkommen
zwischen den EFTA-Staaten
und der Republik Indien.
Genehmigung**

**Accord de partenariat
commercial et économique
entre les Etats de l'AELE
et la République de l'Inde.
Approbation**

Zweitrat – Deuxième Conseil

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 03.12.24 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 20.03.25 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 21.03.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 21.03.25 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Gugger Niklaus-Samuel (M-E, ZH), für die Kommission: "Carpe diem", nutzen wir den Tag. Wir beraten heute über ein Abkommen von strategischer Tragweite, das Handels- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indien (Tepa). Ich betone bewusst das Wort "Partnerschaft", denn dieses Abkommen geht über ein klassisches Freihandelsabkommen hinaus. Es schafft die Basis für eine langfristige und umfassende wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Indien, einem Land mit einer der am dynamischsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt.

Es ist ein historischer Erfolg nach 16 Jahren Verhandlungen. Das Tepa wurde vor genau einem Jahr und zehn Tagen in Delhi unterzeichnet, nach über 16 Jahren intensiver Verhandlungen. Dass es der Schweiz gelungen ist, das Abkommen wenige Tage vor der Ankündigung der indischen Wahlen abzuschliessen, ist eine diplomatische Meisterleistung. Ein Stillstand hätte die Verhandlungen für Monate, vielleicht sogar Jahre blockiert. Die erfolgreiche Finalisierung des Abkommens ist nicht zuletzt auf die enge und vertrauensvolle Beziehung zwischen Bundesrat Parmelin, Staatssekretärin Budliger und dem indischen Handelsminister Piyush Goyal zurückzuführen. Dank dieses Vertrauens konnten kreative und innovative Lösungen gefunden werden, insbesondere für das Kapitel über Investitionsförderung, das den entscheidenden Durchbruch brachte.

Welche Vorteile bringt denn dieses Abkommen? Es eröffnet unserer Wirtschaft enorme Chancen: Zollsenkungen für fast 95 Prozent der Schweizer Exporte und jährliche Einsparungen von bis zu 167 Millionen Schweizerfranken nach Ablauf der Abbaufristen; Zugang zu einem Markt mit einem jährlichen Wirtschaftswachstum von 6 bis 9 Prozent; ein gewaltiges Potenzial für Handel und Investitionen. Das Abkommen bietet ebenso Rechtssicherheit und Marktdiversifizierung, insbesondere in einem geopolitisch schwierigen Umfeld – ein Wettbewerbsvorteil für unsere Unternehmen gegenüber denjenigen der EU und dem Vereinigten Königreich, die noch kein Freihandelsabkommen mit Indien haben.

Nun zu den Kernpunkten des Abkommens:

1. Warenhandel: Das Tepa bringt Vorteile für alle Branchen. Die Zölle werden umfassend gesenkt oder abgeschafft, und auch im sensiblen Agrarbereich sind die Konzessionen mit unserer Agrarpolitik vereinbar.
2. Geistiges Eigentum: Ein besonders harter Verhandlungspunkt war das geistige Eigentum. Doch am Ende wurden wesentliche Fortschritte erzielt, insbesondere im Patentschutz, bei der Swissness-Kennzeichnung und hinsichtlich der Rechtssicherheit für Schweizer Unternehmen. Gleichzeitig bleibt der Zugang zu erschwinglichen Medikamenten in Indien unangetastet – ein zentraler Punkt für die indische Seite.





3. Dienstleistungen: Hier gab es Befürchtungen, dass das Tapa einer Personenfreizügigkeit mit Indien gleichkäme. Das ist nicht der Fall. Die bisherigen Kontingente bleiben bestehen, lediglich administrative Erleichterungen wurden eingeführt, vergleichbar mit Regelungen in anderen Freihandelsabkommen.

4. Nachhaltigkeit: Die EFTA konnte als erste Wirtschaftsregion ein Kapitel zu Handel und nachhaltiger Entwicklung mit Indien abschliessen. Auch wenn es Diskussionen über dessen Inhalt gab, entspricht es weitgehend den Standards, die wir auch in anderen Abkommen anwenden. Ein Kritikpunkt war das Fehlen einer Ex-ante-Nachhaltigkeitsstudie. Die Gründe dafür sind nachvollziehbar. Dennoch werde ich, wie die Kommissionsmehrheit, eine Ex-post-Nachhaltigkeitsanalyse für das Abkommen unterstützen. Eine solche Studie wird wertvolle Erkenntnisse liefern und ist für ein Abkommen dieser Tragweite sinnvoll.

Investitionen sind das Herzstück des Abkommens; das Kapitel über Investitionsförderungen und Zusammenarbeit war das entscheidende Element für den Verhandlungsdurchbruch. Es sieht Investitionen von 100 Milliarden US-Dollar und die Schaffung von einer Million neuer Arbeitsplätze in den nächsten 15 Jahren vor. Denn Indien ist stark an ausländischen Direktinvestitionen interessiert, während die EFTA-Staaten über ein enormes Investitionspotenzial verfügen. Dies macht das Tapa zu einer echten Win-win-Partnerschaft.

Ein Antrag, Investitionen mit negativen ökologischen Auswirkungen vom Abkommen auszuschliessen, wurde in der Kommission mit 17 zu 8 Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit vertritt die Ansicht, dass staatliche Vorgaben für private Investitionen nicht zielführend sind.

Fazit: Das Abkommen ist das Ergebnis intensiver, schwieriger Verhandlungen. Perfekt ist es nicht, aber es ist das bestmögliche Resultat. Danke, wenn Sie dieses Abkommen unterstützen.

Marchesi Piero (V, TI), per la commissione: Nella sessione invernale del 2024 il Consiglio degli Stati ha approvato con 41 voti favorevoli, 0 contrari e 3 astensioni il decreto federale che approva l'Accordo di partenariato commerciale ed economico tra gli Stati dell'AELS e l'India. Successivamente la Commissione della politica estera del Consiglio nazionale ha esaminato il progetto, decidendo all'unanimità di entrare in materia e, con 17 voti favorevoli, 3 contrari e 5 astensioni, di approvarne il contenuto complessivo.

La Commissione della politica estera ha sottolineato l'importanza dell'accordo per l'economia svizzera, evidenziando il ruolo chiave delle esportazioni per il Paese e la rilevanza dell'India, oggi il Paese più popoloso al mondo, come mercato emergente strategico. Il libero scambio con l'India contribuirà a rafforzare la competitività delle esportazioni svizzere e garantirà un accesso diversificato ai mercati globali, un elemento fondamentale per la stabilità economica del Paese.

In merito ai punti critici e alle questioni dibattute, la discussione si è concentrata principalmente su due aspetti: il primo tema riguarda gli investimenti diretti esteri e la loro sostenibilità. L'articolo 7.1 dell'accordo prevede che gli investimenti esteri diretti favoriscano la crescita economica, l'innovazione e la transizione ecologica. Tuttavia, si è discusso anche delle eventuali ripercussioni ambientali e climatiche di tali investimenti. L'altro tema è quello del commercio di materiale

AB 2025 N 479 / BO 2025 N 479

bellico, dove sono stati affrontati i temi relativi al controllo e alla regolamentazione del commercio di armamenti. Una mozione d'ordine volta a richiedere un messaggio aggiuntivo da parte del Consiglio federale per chiarire meglio questi due aspetti prima di procedere alla deliberazione di dettaglio è stata respinta con 17 voti contro 8. La maggioranza della commissione ha ritenuto che l'accordo già includesse solidi impegni per lo sviluppo sostenibile, includendo tre pilastri fondamentali: sviluppo economico, sviluppo sociale e protezione dell'ambiente.

La minoranza ha invece espresso preoccupazione riguardo agli impatti ambientali e sociali degli investimenti, temendo che possano compromettere uno sviluppo economico equo e sostenibile. Nell'ambito della deliberazione di dettaglio, la commissione ha respinto, con 17 voti contro 8, una proposta che mirava a regolamentare tramite ordinanza l'esclusione degli investimenti di cui all'articolo 7.1 dell'accordo, che potenzialmente potrebbero causare danni sociale e ambientali.

Nella votazione sul complesso, la commissione ha approvato il decreto federale con 17 voti favorevoli, 3 contrari e 5 astensioni. L'approvazione di tale accordo segnerebbe un passo significativo verso il rafforzamento delle relazioni economiche tra la Svizzera e l'India. La commissione ritiene infatti che l'accordo offra opportunità strategiche per l'economia svizzera e garantisca un quadro normativo adeguato per lo sviluppo sostenibile. Il decreto federale proseguirà dunque il suo iter legislativo con l'obiettivo di favorire una cooperazione commerciale bilanciata e vantaggiosa per entrambe le parti.

A nome della commissione, vi invito dunque a aderire al decreto federale che approva l'Accordo di partenariato commerciale ed economico tra gli Stati dell'AELS e l'India.





Rumy Farah (S, SO): Wir sprechen heute über das Freihandelsabkommen mit Indien, ein Abkommen, das wirtschaftlich grosses Potenzial hat. Doch gerade weil es sich um ein so bedeutendes Abkommen handelt, müssen wir gewährleisten, dass unsere Werte nicht auf der Strecke bleiben. Unser Minderheitsantrag möchte genau dies sicherstellen.

Der Minderheitsantrag fordert, dass der Bundesrat in einer Verordnung regelt, dass Investitionen gemäss Artikel 7.1 des Freihandelsabkommens nicht auf Kosten von Umwelt, Klima und sozialen Standards gehen oder, mit anderen Worten, nicht den im Freihandelsabkommen selbst definierten Prinzipien zur nachhaltigen Entwicklung zuwiderlaufen. Das ist keine utopische Forderung, das ist gesunder Menschenverstand.

Das Abkommen leidet darunter, dass gerade die erwähnten Prinzipien zur nachhaltigen Entwicklung nicht eintragbar sind. Daher ist es umso wichtiger, dass die Schweiz sicherstellt, dass diese Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung bei den Investitionen eingehalten werden. Somit schliesst die im Antrag geforderte Verordnung eine wichtige Lücke des Abkommens. Wir leben in einer Zeit, in der wir uns internationalen Nachhaltigkeitszielen verpflichtet haben, sei es im Rahmen der Agenda 2030 oder des Pariser Klimaabkommens. Wenn wir diese ernst nehmen, müssen wir sicherstellen, dass unsere Handelsbeziehungen diesen Zielen nicht widersprechen. Es darf nicht sein, dass Schweizer Investitionen an die Abholzung von Regenwäldern beitragen, dass sie Kohlekraftwerke finanzieren oder Arbeitsbedingungen fördern, mit denen Menschenrechte mit Füssen getreten werden.

Besonders im Fall Indiens wird klar, dass es grosse Herausforderungen gibt bei Umweltstandards, bei der Gleichstellung von Frauen, beim Schutz von religiösen und ethnischen Minderheiten. Die Schweiz darf nicht mitverantwortlich für Diskriminierung oder Umweltzerstörung sein, dies darf nicht mit Schweizer Kapital finanziert werden. Ganz im Gegenteil: Wir haben die Chance und die Verantwortung, Investitionen so zu lenken, dass sie die nachhaltige Entwicklung gemäss den im Vertrag definierten Prinzipien vorantreiben. Dies ist nicht nur in unserem Interesse, sondern im Interesse von allen Menschen. Der Minderheitsantrag bietet somit Hand, das Problem anzupacken und Teil der Lösung zu sein.

Die Schweiz steht international für ihre Werte ein, sprich für Nachhaltigkeit, für Menschenrechte, für eine verantwortungsvolle Wirtschaft. Diesen Worten müssen wir jetzt Taten folgen lassen. Der Minderheitsantrag wird genau dieser Verantwortung und diesen Werten gerecht und bietet eine Lösung für eine schweizerische Umsetzung des Abkommens. Er stellt sicher, dass die Schweiz ihren wirtschaftlichen Einfluss nutzt, um ökologische und soziale Verbesserungen anzustossen, und nicht, um kurzfristige Profite auf Kosten von Menschen und Natur zu sichern.

Ich bitte Sie daher, meinen Minderheitsantrag für eine glaubwürdige, verantwortungsvolle und nachhaltige Schweizer Handelspolitik zu unterstützen.

Walder Nicolas (G, GE): Il y a une semaine encore, lors des discussions sur le rapport sur la politique économique extérieure 2024, nous saluons l'importance portée au développement durable, tout en regrettant le manque d'actions concrètes en la matière. C'est encore le cas avec l'objet qui nous est soumis aujourd'hui: un beau chapitre sur le développement durable, mais aucun mécanisme sérieux pour le faire appliquer.

Le groupe des Verts est globalement critique vis-à-vis des accords de libre-échange qui visent à accroître les échanges internationaux. Pour nous, il n'y a pas lieu, comme le fait le Conseil fédéral, d'attribuer au libre-échange toutes sortes de vertus qu'il n'a pas, car le commerce, s'il n'est pas judicieusement encadré, n'amène ni qualité de vie, ni démocratie, ni paix. Les tensions actuelles, largement alimentées par les Etats-Unis, la Russie ou la Chine, démontrent que la croissance économique ne protège en rien contre l'émergence d'autocrates impérialistes et belliqueux, pas plus que le commerce ne pourra résoudre les défis écologiques sans un cadre contraignant.

C'est pourquoi, dans un monde fortement dérégulé et où les dommages environnementaux et sociaux ne sont toujours pas intégrés dans les prix, il faut être d'autant plus vigilant avec les accords négociés. A cet égard, celui avec l'Inde est coupable de plusieurs manquements, en particulier de l'absence d'un mécanisme suffisamment contraignant à même de faire respecter les objectifs en matière d'environnement et de droits humains et sociaux. Par ailleurs, si nous saluons l'engagement à investir 100 milliards de francs en Inde en vue de créer près de 1 million d'emplois sur 15 ans, nous ne pouvons que déplorer que, là aussi, aucun cadre n'ait été posé pour cibler prioritairement les secteurs durables.

C'est la raison pour laquelle notre groupe soutiendra la minorité Rumy.

Bien sûr, cet accord présente aussi des aspects positifs, car l'Inde constitue une alternative stratégique aux marchés chinois et américains. De plus, cet accord renforce le développement de l'Inde sans que cela affecte sa souveraineté alimentaire et son rôle central dans l'accès aux traitements médicaux pour les pays du Sud, l'Inde ayant très judicieusement résisté aux pressions de la Suisse afin de renforcer la durée et le respect des





brevets dans le domaine médical.

Le groupe des Verts, déterminé à suivre de près ce dossier, est à l'origine du postulat 25.3002 de la Commission de politique extérieure de votre conseil dont l'examen suivra aujourd'hui, afin qu'une étude ex post soit menée sur les conséquences de cet accord.

En définitive, si la minorité Romy devait être rejetée, notre groupe s'abstiendrait majoritairement, alors qu'une minorité du groupe voterait contre.

Badertscher Christine (G, BE): Wie Kollege Walder bereits gesagt hat, stehen die Grünen Freihandelsabkommen grundsätzlich kritisch gegenüber. Bei Indien ist es etwas komplizierter. Aus geopolitischen Gründen begrüssen wir, dass ein Abkommen mit Indien zustande gekommen ist. Indien ist eine strategische und wichtige Alternative zu China. Wir stehen dem Abkommen mit China bekanntlich sehr kritisch gegenüber, insbesondere aufgrund der gravierenden Menschenrechtsverletzungen. Schliesslich muss Europa, und da gehört die Schweiz dazu, angesichts der von den USA eingeschlagenen Richtung die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit

AB 2025 N 480 / BO 2025 N 480

anderen Ländern verstärken. Indien kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Diese Tatsachen sprechen für ein Abkommen mit Indien.

Nun zum Inhalt des Abkommens: Erstmals enthält ein Wirtschaftsabkommen ein Ziel bezüglich Investitionen von Schweizer Firmen im Partnerland. Demnach sollen in den nächsten 15 Jahren 100 Milliarden Franken in Indien investiert und damit 1 Million Arbeitsplätze geschaffen werden.

Leider wurden dabei keine Kriterien festgelegt, in welchen Bereichen investiert werden soll. Es wurde zum Beispiel einerseits nicht definiert, dass Investitionen den Klimaschutz sowie die Menschenrechte berücksichtigen müssen. Dies sehen wir als verpasste Chance, insbesondere da auch Indien in Sachen Menschenrechte keine gute Entwicklung aufweist. Andererseits enthält das Abkommen aber keine problematischen Forderungen im Bereich des geistigen Eigentums oder der Landwirtschaft. Nicht nur die Schweiz, auch Indien hat gut verhandelt und hohen Wert beispielsweise auf seine Ernährungssouveränität sowie auf den Zugang zu Medikamenten gelegt.

Noch ein letzter Punkt: Wir haben schon mehrmals davon gesprochen, dass es keine Ex-ante-Analyse gegeben habe, was wir bedauern. Deshalb ist es für uns wichtig, dass wenigstens im Nachhinein eine Nachhaltigkeitsanalyse gemacht wird. Dazu bitten wir Sie, beim nächsten Geschäft der Mehrheit der Aussenpolitischen Kommission zu folgen und somit eine Ex-post-Analyse zu ermöglichen. Zum Abkommen werden wir uns, wie gesagt, enthalten.

Schneider-Schneiter Elisabeth (M-E, BL): Die Schweiz ist eines der am stärksten in die Weltwirtschaft eingebundenen Länder. Unser Wohlstand hängt zu einem grossen Teil vom internationalen Handel mit Gütern und Dienstleistungen sowie von der grenzüberschreitenden Investitionstätigkeit ab. Ohne die Absatzmöglichkeiten auf ausländischen Märkten wären die Wachstumsmöglichkeiten für Schweizer Unternehmen stark beschränkt. Die stete Verbesserung des Zugangs zu ausländischen Märkten ist deshalb ein Ziel der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik, welches die Mitte-Fraktion immer unterstützt hat. Mit dem Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indien ist uns nun ein weiterer Coup gelungen, nicht zuletzt dank den geschickten Verhandlungen unserer Staatssekretärin und ihrem Team im SECO.

Aber warum ist dieses Abkommen so wichtig für unsere Volkswirtschaft?

1. Zölle und Handelsbarrieren werden reduziert: Indien erhebt hohe Zölle auf Schweizer Exporte wie Pharmazeutika, Uhren, Maschinen und Chemikalien. Das Abkommen senkt diese oder schafft sie ab. Dadurch werden Schweizer Produkte in Indien günstiger und wettbewerbsfähiger.

2. Der Zugang zu einem riesigen Wachstumsmarkt wird verbessert: Indien ist mit über 1,4 Milliarden Menschen eine der grössten und am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften. Schweizer Unternehmen können von der steigenden Nachfrage nach hochwertigen Produkten und Dienstleistungen profitieren.

3. Der Schutz für Schweizer Investitionen und geistiges Eigentum wird verbessert: Schweizer Unternehmen in Indien können von stabileren Rahmenbedingungen profitieren. Der Schutz von Patenten, Markenrechten und Innovationen ist besser gewährleistet.

4. Die Schweizer Exportindustrie wird gestärkt: Indien ist ein wichtiger Handelspartner, die Schweizer Exporte nach Indien sind jedoch im Vergleich zu anderen Märkten noch relativ gering. Ein Freihandelsabkommen kann den Handel mit Indien ausbauen und Schweizer Unternehmen neue Chancen eröffnen.

5. Geopolitische Risiken können aufgefangen werden: Durch Handelskonflikte wie die aktuell von den USA ausgehenden oder durch geopolitische Spannungen kann sich der globale Handel verändern. Ein Abkommen





mit Indien wird die wirtschaftliche Diversifizierung der Schweiz stärken und sie weniger abhängig von einzelnen Handelspartnern machen.

6. Der Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Ländern wird verbessert. Die EU und Japan verfügen bereits über Abkommen mit Indien oder verhandeln darüber. Ohne ein Abkommen werden Schweizer Unternehmen im Vergleich zur Konkurrenz, vor allem im Vergleich zur EU, benachteiligt.

7. Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung werden gestärkt: Das Freihandelsabkommen mit Indien ermöglicht es der Schweiz, nachhaltige Standards in Indien mitzugestalten und voranzubringen. Das Freihandelsabkommen ist ein wertvolles Tool für die positive Entwicklung der ökologischen und sozialen Lage in Indien.

Abschliessend ist zu sagen: Ein Freihandelsabkommen mit Indien erleichtert den Zugang zu einem dynamischen Markt. Es senkt Zölle, schützt Investitionen und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Es ist ein wichtiger Schritt, um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern langfristig auszubauen. Das Freihandelsabkommen mit Indien ist für die Schweiz aber auch eine wichtige Absicherung gegen Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem Handelskrieg zwischen den USA und anderen Ländern und damit eine riesige Chance zur Stärkung der Resilienz unserer Schweizer Unternehmen.

Aus all diesen Gründen stimmt die Mitte-Fraktion. Die Mitte. EVP für Eintreten auf die Vorlage, stimmt ihr unverändert zu und bittet Sie, dies ebenfalls zu tun.

Gredig Corina (GL, ZH): Wir erleben eine Zeit globaler Unsicherheiten. Es gibt geopolitische Spannungen, Störungen in Lieferketten und zunehmenden Protektionismus. Das stellt auch unser Land vor grosse Herausforderungen. Gerade deshalb müssen wir als Schweiz heute gezielt handeln und unsere Handelsbeziehungen diversifizieren. Freihandelsabkommen sind dabei ein zentraler Pfeiler. Sie sichern uns und unseren Unternehmen Zugang zu neuen Märkten, schaffen wirtschaftliche Chancen und stärken die Resilienz unserer Volkswirtschaft.

Für uns ist klar: Die Schweiz lebt von der Offenheit, von Innovation, von Wettbewerbsfähigkeit und von globaler Vernetzung. In einer Zeit, in der einzelne Staaten Mauern hochziehen, ist es umso mehr ein starkes Zeichen, wenn wir das nicht machen und auf Dialog und Partnerschaft setzen. Ob mit Indonesien, irgendwann mit dem Mercosur oder eben jetzt heute mit Indien: Jedes Abkommen bringt uns einen Schritt weiter in Richtung einer robusteren, stärkeren und krisenfesteren Wirtschaft. Freihandelsabkommen bedeuten nicht nur mehr Absatzmöglichkeiten für unsere Unternehmen, sondern eben auch mehr Stabilität in schwierigen Zeiten. Sie helfen uns, einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren und Spielräume zu gewinnen, wirtschaftlich und geopolitisch.

Die GLP-Fraktion begrüsst deshalb das neue Freihandelsabkommen mit Indien und bedankt sich bei allen konstruktiven Kräften, die an diesen Verhandlungen mitgewirkt haben und auch schnell und rasch dafür gesorgt haben, dass wir heute als Schweiz ein starkes, wichtiges, weiteres Freihandelsabkommen verabschieden können.

Büchel Roland Rino (V, SG): Zuerst gebe ich Ihnen meine Interessenbindung bekannt, wobei ich gar nicht weiss, ob es überhaupt eine Interessenbindung ist: Ich bin zusammen mit Kollege Nik Gugger und Ständerat Daniel Jositsch Präsident der parlamentarischen Freundschaftsgruppe Schweiz-Indien. Auf der Parlamentsseite heisst es dazu: "In der Gruppe Schweiz-Indien befassen sich Mitglieder des National- und Ständerates aus allen Parteien mit den drängenden Fragen der Entwicklungszusammenarbeit, Globalisierung und der ökonomischen Beziehungen."

Heute geht es um die ökonomischen Beziehungen. Es ist ein Jahr her, als die EFTA-Staaten in Delhi ein Freihandelsabkommen mit Indien unterzeichneten; der Sprecher der Kommission hat es erwähnt. Es ist nicht nur für die Schweizer Aussenwirtschaft ein entscheidender Tag, es ist ein Meilenstein für die Schweizer Wirtschaft. Bis heute hat es noch kein Freihandelsabkommen zwischen einem europäischen Land mit dem aufstrebenden Indien gegeben. Dieses Vertragswerk eröffnet der Exportnation Schweiz einen besseren Zugang zu einer Volkswirtschaft mit einem Potenzial, von dem europäische Länder nicht einmal zu träumen wagen. Das wirtschaftliche Wachstum Indiens betrug in den letzten Jahrzehnten jedes Jahr – also in normalen Jahren – immer zwischen 4

AB 2025 N 481 / BO 2025 N 481

und 9 Prozent. Was sagen die Prognosen für die kommenden Jahre? Sie sehen ein Wachstum von 6 bis 8 Prozent voraus, teilweise sogar noch mehr.

Was sehen wir im Moment, wenn wir einen Blick auf die Wirtschaftspolitik auf unserer grossen Kugel werfen? Wir sehen Protektionismus, Protektionismus und noch einmal Protektionismus. Die Sprecherin der Grünliberalen Fraktion hat das zu Recht angesprochen. In Zeiten der weltweit grassierenden Handelshemmnisse kann die Exportnation Schweiz mit einem Ja die Voraussetzungen schaffen, verstärkt am wirtschaftlichen Potenzial





von Indien teilzuhaben. In der Republik Indien leben so viele Menschen wie in keinem anderen Land der Welt. Es sind dreimal so viele Menschen wie in allen EU-Staaten zusammen und mehr als viermal so viele wie in den USA. Es sind 1,4 Milliarden Menschen, also über 150-mal mehr als in unserem Land.

Ich gehe in diesem Votum bewusst nicht in die Details des Abkommens, an welchem fast eine Menschengeneration lang intensiv geschliffen und gearbeitet wurde. Entscheidend ist, dass Schweizer Unternehmen in Indien erstens einen besseren Marktzugang zu Gütern und Dienstleistungen erhalten. Zweitens wird der Schutz des geistigen Eigentums verbessert. Drittens wird von Indien in einem solchen Abkommen zum ersten Mal überhaupt ein rechtlich verbindliches Kapitel zu Handel und Nachhaltigkeit akzeptiert.

Das Freihandelsabkommen verschafft Schweizer Unternehmen gegenüber ihren Konkurrenten, gerade aus der EU und aus dem UK, einen wichtigen Wettbewerbsvorteil. Wollen wir für einmal längere Spiesse für unsere grossen, aber auch für unsere kleinen und mittleren Unternehmen schaffen? Ja? Dann müssen wir jetzt zügig ratifizieren. Dann werden Schweizer Unternehmen schon sehr bald von den Vorteilen dieses Abkommens profitieren können.

Ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion aus all diesen Gründen, das Abkommen zu genehmigen. Somit können sich der Bundesrat als Gesamtes, Guy Parmelin als Wirtschaftsminister und die erfolgreiche Chefunterhändlerin, Staatssekretärin Helen Budliger, mit ihren Leuten gestärkt weiteren Freihandelsabkommen widmen. Sie werden Schritt für Schritt vorwärtskommen. Seit ich gehört habe, dass Frau Budliger in den letzten Tagen in den USA weilte, bin ich optimistisch, dass es auch dort bald wieder zu einer guten Zusammenarbeit kommen wird und dass Zölle abgebaut werden können, dies im Sinne unseres Landes, dies im Sinne der Wirtschaft unseres Landes.

Portmann Hans-Peter (RL, ZH): Die kleine direkte Demokratie im Herzen Europas geht eine Partnerschaft mit der grössten Demokratie der Welt ein. Nur schon das verdient ein grosses Kompliment an den zuständigen Bundesrat, das SECO und seine Mitarbeitenden und ist für uns als Schweiz ein grosser, bedeutungsvoller Schritt für unsere Wirtschaft.

Die Kommissionssprecher haben die Fakten zu diesem Abkommen ausgezeichnet dargelegt. Erlauben Sie mir zwei, drei politische Wertungen aus Sicht der FDP: Wer in diesem Lande noch nicht gemerkt hat, dass für verschiedenste Wirtschaftssektoren die Zeichen auf Alarm stehen, erkennt, dass wir hier mit Arbeitsplätzen spielen, dass wir mit Wohlstand spielen und dass wir mit sozialer Sicherheit in diesem Lande spielen. Unsere Wirtschaft, vor allem die Maschinenwirtschaft, leidet bereits unter den Zöllen auf Aluminium und Stahl. Unsere grossen Unternehmungen leiden darunter, dass wir die Umsetzung der OECD-Steuer nicht aufschieben. Die Pharma zum Beispiel leidet unter der unglaublichen Bürokratie unseres BAG; zehnmal länger – zehnmal länger! – dauert es, bis ein Schweizer Medikament die Zulassung kriegt. Glauben Sie, die Pharma kann so noch Medikamente im Ausland verkaufen, wenn selbst sie als Schweizer Unternehmen die Zulassung hier nicht haben? Und das haben jetzt zum Beispiel auch die Amerikaner gemerkt. Auf all diese Wirtschaftssektoren kommen unglaubliche Herausforderungen zu, die sie dazu zwingen, zu überlegen – und das tun sie jetzt alle –, ihre Produktionen ins Ausland zu verlagern.

Und die linke Seite in diesem Rat fördert das mit ihrer Dauerkritik, mit ihrem Dauerbeschluss. Sie glaubt natürlich – mit ihren gerade mal 25 Prozent Wählerlegitimation –, dass ihre Ideologie der Demokratie ausschlaggebend ist, dass man diese auf die ganze Welt übertragen muss und dass alle so funktionieren müssen, wie sie glauben, dass es müsse.

Hier liegt uns nun ein Abkommen mit einer neuen Strategie vor, ein Wirtschaftsinvestitionsabkommen, das Verbesserungen bringt, Verbesserungen im Bereich der Menschenrechte, Verbesserungen bezüglich der Frage, wie man mit der Natur umgeht, Verbesserungen im Bereich der Nachhaltigkeit, der Corporate Governance. Unsere Unternehmungen in Indien werden es schaffen – in kleinem Rahmen zwar, aber dort, wo sie tätig sind –, Pflänzchen zu säen, die einmal grösser werden, und damit der Bevölkerung in Indien einen Mehrwert zu bringen.

Und das alles müssen Sie jetzt wieder kritisieren. Sie tun es heute, und Sie tun es auch bei allen anderen Freihandelsabkommen. Denn Sie, Grüne und SP mit einem Wähleranteil von zusammengenommen 25 Prozent, finden, Indien müsse so funktionieren, wie Sie es wollen, sprich: so, wie Sie Ihre Ideologie hier umsetzen wollen. Das ist keine Wirtschaftsaussenpolitik, die der Schweiz nützt, sondern eine, die der Schweiz schadet. Machen Sie weiterhin so, tun Sie das weiter bei jedem Thema, das wir hier drin beraten und bei dem wir uns partnerschaftlich international einbinden wollen. Ja, isolieren Sie uns weiter. Ich hoffe, irgendwann einmal werden Sie vor die Bevölkerung stehen müssen und für die Arbeitsplätze, die Sie damit getötet, vernichtet haben, für den Wohlstand, die Steuereinnahmen, die Sie damit vernichtet haben, eine Erklärung liefern müssen.

Dieses Wirtschaftsabkommen hier ist vorbildlich. Und nochmals: Wir gratulieren dem Bundesrat und seinem





Departement zu dem, was sie hier zustande gebracht haben. Wir werden selbstverständlich mit voller Überzeugung zustimmen und den Minderheitsantrag ablehnen.

Molina Fabian (S, ZH): Indien ist heute das bevölkerungsreichste Land der Welt, ein Staat mit demokratischer Verfassung und ein wichtiger geopolitischer Faktor. Es ist deshalb richtig, dass die Schweiz gute Beziehungen zu Indien pflegt und diese weiter ausbaut. Eine enge Zusammenarbeit zugunsten von Frieden und Sicherheit und der menschlichen Entwicklung, zugunsten des Klimaschutzes und des Völkerrechts ist nicht nur im Interesse unserer beiden Länder, sondern auch im Interesse der Welt. Der Ausbau des Handels kann einen Beitrag dazu leisten.

Dennoch ist die SP-Fraktion mit dem vorliegenden Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indien unzufrieden. Ein Freihandelsabkommen ist immer eine Ausnahme vom multilateralen Welthandelsrecht und begründet eine besondere Wirtschaftsbeziehung. Für ein Freihandelsabkommen braucht es deshalb gute Gründe.

Weshalb braucht es für den Handel mit Indien andere Regeln als die in der bestehenden internationalen Welthandelsordnung vorgesehenen? Besondere Handelsregeln müssen einen besonderen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten. Das tun sie mit dem vorliegenden Freihandelsabkommen leider nicht. In Indien ist Kinderarbeit nach wie vor weit verbreitet, insbesondere in der Textilindustrie. Mit dem vorliegenden Abkommen profitieren die Exporteure indischer Kleider, die von Kindern hergestellt wurden, vom Zollabbau – Regeln, die das verhindern, gibt es leider nicht. Das Abkommen sieht hingegen vor, dass die EFTA-Staaten 100 Milliarden US-Dollar in Indien investieren müssen. Andernfalls können die indischen Zölle wieder erhöht werden.

Weshalb soll sich die offizielle Schweiz für den Kapitalexport nach Indien einsetzen, während sich der Bundesrat in der Schweiz standhaft weigert, in erneuerbare Energien, in den Erhalt guter Arbeitsplätze oder in einen starken Service public zu investieren? Während ganz Europa daran arbeitet, lokale Lieferketten zu stärken und die Abhängigkeit vom Weltmarkt zu verringern, betreibt die Schweiz Industriepolitik in Indien.

Wenn sich die Schweiz gegenüber Indien aber zur Förderung des Kapitalexports verpflichtet, dann sollen diese Investitionen zumindest nachhaltig sein und einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten. Genau das will die Minderheit

AB 2025 N 482 / BO 2025 N 482

Rumy, und ich bitte Sie deshalb, dieser zuzustimmen; dies insbesondere, weil das Abkommen auch in anderen Bereichen Probleme schafft. So schwächt es etwa den freien Zugang zu Medikamenten. Was gut sein mag für die florierende Schweizer Pharmaindustrie, ist schlecht für die Apotheke der Armen. Indien ist heute als weltweit grösster Produzent von Generika entscheidend für die Versorgung mit Medikamenten für die ärmsten Menschen der Welt und damit für die öffentliche Gesundheit.

Schliesslich sieht das Abkommen einen massiven Ausbau der Rüstungsexporte nach Indien vor. Der Handel mit Waffen und Munition soll über einen vollständigen Zollabbau gefördert werden. Angesichts bestehender Probleme bei der Kontrolle von Nichtwiederausfuhrklärungen und der Weitergabe von kriegsrelevanten Gütern an Russland ist dies nicht nur aussenpolitisch ein schwerer Fehler, sondern auch unmoralisch und gefährlich.

Der Bundesrat hat für das vorliegende Abkommen mit dem bevölkerungsreichsten Land weder eine Nachhaltigkeitsstudie noch eine Vernehmlassung durchgeführt. Es beinhaltet kein verbindliches Nachhaltigkeitskapitel. Ebenfalls hat der Bundesrat die Aussenpolitischen Kommissionen nicht zu den Änderungen im Verhandlungsmandat konsultiert. Einzig die Exportindustrie wurde in den Verhandlungsprozess eng einbezogen. Diese Handelsdiplomatie im Hinterzimmer ist nicht mehr zeitgemäss und undemokratisch. Für die SP ist klar, dass es endlich ein umfassendes Aussenwirtschaftsgesetz braucht, das die Prinzipien und Prozesse für den Abschluss von Freihandelsabkommen gesetzlich regelt. Andernfalls wird die Schweiz in Zukunft keine Freihandelsabkommen mehr abschliessen können.

Dieses Abkommen fördert den fairen Handel nicht. Die SP-Fraktion kann ihm deshalb nicht zustimmen und wird es grossmehrheitlich ablehnen.

Büchel Roland Rino (V, SG): Geschätzter Kollege Molina, Sie haben jetzt ein bisschen gegen alles gewettert: gegen den Bundesrat, gegen die Verhandler usw. Die Frage, die sich stellt und die sich vor allem auch gestern stellte, als sich die parlamentarische Gruppe Schweiz-Indien mit Leuten aus der Wirtschaft, der Gesellschaft usw. traf, lautet: Werden die links-grünen Kreise das Referendum ergreifen oder nicht?

Molina Fabian (S, ZH): Ich war weder an diesem Anlass, Herr Büchel, noch kann ich für die vereinigte Linke in diesem Land sprechen. Ich kann Ihnen das deshalb nicht sagen. Ich würde Ihnen einfach empfehlen, der





Minderheit Romy zuzustimmen.

Schneider-Schneiter Elisabeth (M-E, BL): Wir befinden uns in einer Zeit geopolitischer Verwerfungen. Finden Sie es in Anbetracht des Handelskriegs der USA und des Verhaltens von China nicht ein Spiel mit dem Feuer, wenn wir riskieren, einen verlässlichen Partner in wirtschaftspolitischen Fragen zu verlieren?

Molina Fabian (S, ZH): Vielen Dank für diese Frage, Frau Kollegin Schneider-Schneiter. Der mit Abstand wichtigste Handelspartner der Schweiz ist unser Heimmarkt, nämlich der europäische Binnenmarkt. Das Allerwichtigste ist, dass wir die Beziehungen zur Europäischen Union so rasch wie möglich stabilisieren und weiterentwickeln.

Gegen den Handel mit Indien gibt es überhaupt nichts einzuwenden – der findet heute auch schon statt. Die Frage ist, ob es dafür spezielle Handelsregeln braucht. Wenn Sie diese Frage mit Ja beantworten, dann braucht es auch besondere Regeln, die den Schutz von Menschenrechten und der Umwelt garantieren. Das ist hier leider nicht der Fall.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Comme vous le savez, la conclusion d'accords de libre-échange demeure un élément clé de la politique du Conseil fédéral visant à offrir aux entreprises suisses le meilleur accès possible aux principaux marchés étrangers. En concluant un accord de libre-échange avec le pays le plus peuplé au monde, nous comblons l'une des grandes lacunes de notre réseau de libre-échange. Si cet accord avec l'Inde est approuvé, il conférera aux entreprises suisses un accès privilégié à ce marché gigantesque et un avantage concurrentiel par rapport à ses concurrents de l'Union européenne, du Royaume-Uni et des Etats-Unis, qui ne bénéficient pas d'un accord similaire avec l'Inde pour l'instant. Je pense donc qu'il n'est pas exagéré de dire que la conclusion de cet accord est un achèvement majeur de la politique économique extérieure de notre pays.

L'accord de libre-échange avec l'Inde a été signé il y a un peu plus d'une année, le 10 mars dernier, à New Delhi. Comme vous le savez, le chemin vers la signature a été long et difficile. L'effort considérable consenti pour déboucher sur cet accord en a valu la peine: nous avons réussi à négocier un accord de libre-échange complet qui couvre l'ensemble des intérêts de l'économie suisse et je vais vous en donner les principaux résultats.

En matière de commerce de marchandises, ce ne sont pas moins de 95 pour cent des exportations suisses actuelles vers l'Inde qui bénéficieront d'allègements douaniers. L'accord de libre-échange avec l'Inde apporte des améliorations pour tous les produits des secteurs de la pharma et de la chimie. Pour une grande partie des machines, les droits de douane sont supprimés. Pour tous les instruments optiques, l'accord apporte des améliorations substantielles. L'accord élimine totalement les droits de douane pour les montres suisses. Les droits de douane sont également supprimés pour la plupart des produits textiles.

Enfin, l'accord apporte également un meilleur accès au marché pour les produits agricoles transformés que nous exportons vers ces pays, comme le chocolat ou les capsules de café. De son côté, la Suisse accorde à l'Inde un accès au marché en franchise de droits de douane garanti pour tous les produits industriels. Les concessions octroyées par la Suisse pour les produits agricoles indiens s'inspirent des accords de libre-échange (ALE) récents et s'inscrivent dans le cadre de la politique agricole suisse. La protection douanière pour les produits particulièrement sensibles, tels que la viande, les produits laitiers, les céréales, les oléagineux, les fruits et légumes pendant la période de culture, le vin et le sucre, n'est pas touchée. Bref, nous pouvons parler d'un résultat très positif.

L'ALE avec l'Inde apporte également un certain nombre d'améliorations pour le commerce des services. Cela inclut, par exemple, une augmentation de la part possible de capitaux étrangers dans le secteur de la finance et de l'assurance. L'accord prévoit également des engagements de l'Inde concernant le personnel d'entretien et d'installation des machines qui permettent aux prestataires de services suisses de rester jusqu'à trois mois sur place en Inde.

L'ALE ne touche pas aux règles concernant l'accès au marché du travail. Les engagements de la Suisse concernent uniquement les séjours temporaires pour certaines catégories de personnes afin qu'elles puissent fournir un service. La réserve relative aux contingents demeure maintenue. Comme vous le savez, en 2023 et 2024, le Conseil fédéral a autorisé des contingents de ressortissants de pays tiers hors Union européenne et AELE, avec les mêmes plafonds, à savoir 4500 autorisations de séjour – permis B – et 4000 autorisations de séjour de courte durée – permis L.

Au cours de ces deux années, environ 440 citoyens indiens par an ont utilisé un permis de séjour de courte durée et près de 880 par an un permis de plus de quatre mois. Il s'agit principalement de spécialistes en informatique. Je le répète, cette réserve de contingents continuera de s'appliquer avec l'accord.





Comme tous nos accords de libre-échange, l'accord avec l'Inde contient aussi des règles complètes concernant la protection de la propriété intellectuelle. Dans ce domaine, l'ALE confirme les engagements pris par les parties dans le cadre de l'accord sur les aspects des droits de propriété intellectuelle qui touchent au commerce (ADPIC) et apporte des améliorations. En ce qui concerne les brevets, l'Inde simplifiera et raccourcira la procédure d'opposition aux brevets ainsi que les procédures de rapport obligatoire en Inde. L'accord garantit en outre que les produits exportés de Suisse vers l'Inde ne seront pas discriminés par rapport aux produits

AB 2025 N 483 / BO 2025 N 483

fabriqués localement. Il met ainsi fin à une insécurité juridique qui existait en Inde depuis plusieurs années. La protection du "Swissness", qui est importante pour de nombreux secteurs, tels que l'horlogerie, l'alimentation et les cosmétiques, est également nettement améliorée. Un accord annexe règle le traitement du "Swissness" lors du dépôt des marques.

J'ajoute quelques mots encore sur l'accès aux médicaments génériques. Dans le cadre des négociations, la Suisse s'est engagée en faveur d'une solution équilibrée tant pour ce qui est de la sécurité juridique pour les questions de propriété intellectuelle et de promotion des médicaments innovants que pour l'accès de la population indienne aux médicaments innovants.

L'ALE ne remet pas en question les possibilités prévues par l'accord sur les ADPIC en lien avec ce qu'on appelle les licences obligatoires. Il les renforce même par une mention explicite de la Déclaration de Doha sur l'accord sur les ADPIC et la santé publique. L'article en question dans l'ALE qui porte sur la santé publique entérine, de plus, les règles de cet accord sur les ADPIC en matière de licences obligatoires pour l'exportation de médicaments brevetés dans les pays qui disposent de capacités de production insuffisantes, ce qui favorise bien entendu aussi l'exportation de génériques. Cet ALE introduit en outre des simplifications qui visent à permettre une clôture plus rapide des procédures de délivrance de brevets. Cette mesure est dans l'intérêt de tous les acteurs. Par exemple, les fabricants de génériques ont, eux aussi, besoin de sécurité juridique, et cela aussi vite que possible. L'ALE protège les données d'essai sur les médicaments conformément à ce que prévoit l'accord sur les ADPIC, et, chose extrêmement importante, il ne restreint pas l'accès aux médicaments. En ce qui concerne le commerce et le développement durable, nous avons réussi à convaincre l'Inde d'inclure, pour la première fois dans l'un de ses accords de libre-échange, un chapitre complet sur la protection de l'environnement et des droits des travailleurs, et c'est déjà un succès en soi. Le chapitre contient les éléments clés de notre approche habituelle. Les parties s'engagent notamment à ne pas abaisser les normes de travail et environnementales dans le but d'attirer du commerce ou des investissements. Les parties confirment aussi les engagements qu'elles ont pris en ratifiant les conventions internationales pertinentes dans les domaines de l'environnement, y compris le changement climatique, des droits des travailleurs et de la non-discrimination. Grâce à un sous-comité spécial et à un processus de consultation formel, nous serons en mesure d'aborder toutes les questions qui pourraient se poser lors de la mise en oeuvre de ce chapitre avec l'Inde.

Enfin, quelques mots sur le nouveau chapitre 7 relatif à la promotion des investissements et à la coopération. Dans ce chapitre, les parties se sont fixé un objectif commun de 100 milliards de dollars d'investissements supplémentaires en provenance des Etats de l'AELE au cours des quinze prochaines années, ce qui devrait, cela a été dit, contribuer à la création d'un million d'emplois supplémentaires en Inde. Pour atteindre cet objectif, les Etats de l'AELE se sont engagés à promouvoir les investissements sur place. De son côté, l'Inde va créer et s'efforcer de créer un climat d'investissement favorable. Au plus tôt 20 ans après l'entrée en vigueur de l'accord, si l'objectif commun n'a pas été atteint et si l'Inde estime que les Etats de l'AELE n'ont pas respecté leurs engagements, elle aura la possibilité de suspendre temporairement et proportionnellement les concessions sur le commerce des marchandises.

Vous le savez, des activités ont déjà eu lieu en vue de la mise en oeuvre des engagements pris au chapitre 7. C'est à ce titre que j'ai reçu, en juillet dernier, le ministre Goyal à Zurich, et une quarantaine de représentants du secteur privé ont également pris part à la rencontre. Une mission économique en Inde a eu lieu en février de cette année sous la direction de ma secrétaire d'Etat, Mme Budliger Artieda. On a pu constater, vraiment, que la partie indienne est désormais incitée à attirer les investissements et à améliorer les conditions-cadres pour les investisseurs. Elle a pris l'engagement de s'efforcer de créer ce climat d'investissement favorable.

Un tel chapitre est vraiment une nouveauté dans un accord de libre-échange de l'AELE, mais il était nécessaire pour arriver à finaliser cet accord. Je suis persuadé que l'accord donnera une impulsion aux relations économiques bilatérales entre la Suisse et l'Inde, impulsion nécessaire pour atteindre ces objectifs ambitieux. Permettez-moi encore une remarque en rapport avec ce chapitre: nous avons été critiqués à plusieurs reprises pour ne pas avoir fixé de critères de durabilité pour les investissements à réaliser sous l'accord. La Suisse et les autres Etats de l'AELE sont toutefois libres de définir eux-mêmes les priorités de leurs activités de



promotion. Le Conseil fédéral attend clairement des entreprises ayant leur siège ou leurs activités en Suisse qu'elles respectent les normes et principes internationaux de gestion responsable des entreprises, tels que les principes directeurs de l'OCDE à l'intention des entreprises multinationales sur la conduite responsable des affaires, les principes directeurs de l'ONU relatifs aux entreprises et aux droits de l'homme et le Pacte mondial de l'ONU, partout où elles sont actives. Les principales directives de l'OCDE font en outre référence aux objectifs de l'Accord de Paris sur le climat et à la Convention sur la diversité biologique. Le Conseil fédéral fera valoir ses attentes envers les entreprises suisses lors de la mise en oeuvre du chapitre sur les investissements de l'ALE avec l'Inde.

Concernant la proposition de minorité Romy, nous vous proposons de la rejeter. Pour le Conseil fédéral, la demande va trop loin. Il s'agit d'investissements privés et pas d'investissements publics. Nous ne voulons pas pratiquer une économie planifiée. Nous devons laisser à nos acteurs économiques la liberté de décider comment et où ils veulent investir. Comme je viens de l'expliquer, le Conseil fédéral a des attentes vis-à-vis des entreprises en ce qui concerne la mise en oeuvre du chapitre sur les investissements.

Nous rendrons régulièrement compte de la mise en oeuvre de l'accord au sein des commissions compétentes. Vous aurez tout à l'heure l'occasion de vous prononcer sur le postulat 25.3002 de la Commission de politique extérieure, qui prévoit la réalisation d'une étude de durabilité ex post. Si ce postulat est accepté, quelques années après l'entrée en vigueur de l'accord, nous aurons l'occasion d'évaluer les premiers effets de ce dernier, y inclus la mise en oeuvre du chapitre sur les investissements.

J'en arrive à la conclusion.

Le Conseil fédéral est très satisfait du résultat obtenu avec l'Inde. Il estime que l'accord apporte une réelle valeur ajoutée aux entreprises suisses dans tous les secteurs couverts. Il permet non seulement aux acteurs économiques suisses de bénéficier d'un large accès à cet important marché, mais il améliore aussi la suite des opérations.

Peut-être encore quelques remarques par rapport à l'intervention de M. le conseiller national Molina. Vous avez critiqué qu'il n'y a pas eu de consultation pour l'accord avec l'Inde. Selon la loi fédérale sur la procédure de consultation, il est possible de renoncer à une telle procédure si l'on ne peut attendre de nouvelles informations, car les positions des milieux intéressés sont connues, notamment parce qu'une consultation a déjà été menée sur l'objet du projet. Naturellement, une consultation doit donc être justifiée objectivement. Pour chaque ALE, nous examinons si ces conditions sont réunies. Dans le cas de l'Inde, le Conseil fédéral y a renoncé, car il n'y avait pas de nouvelles informations à attendre des positions. Les parties intéressées sont connues grâce à divers échanges au sein du groupe de liaison économie extérieure-ONG/ONG-Roundtable, de la Commission extraparlamentaire de politique économique et d'autres organes. Les acteurs de la société civile intéressés, comme les ONG et les associations, ont régulièrement reçu des informations sur l'état des négociations, notamment dans le cadre des réunions du groupe de liaison économie extérieure-ONG/ONG-Roundtable et de la Commission de politique économique. Bref, tout a été fait pour un maximum de transparence.

Concernant l'aspect du matériel de guerre que vous avez relevé, Monsieur Molina, dans tous ces accords de libre-échange, la Suisse vise un commerce réciproque complet

AB 2025 N 484 / BO 2025 N 484

en franchise de droits pour tous les produits industriels. Les armes, les munitions et les autres matériels de guerre font partie des produits industriels standards. Il a été convenu d'un démantèlement tarifaire réciproque qui concerne aussi ces secteurs. Mais la suppression des droits de douane dans le cadre de l'accord de libre-échange avec l'Inde n'a aucun – aucun – impact sur la législation suisse en matière de matériel de guerre, qui reste pleinement applicable, y compris l'obligation d'obtenir une autorisation pour l'importation et l'exportation de matériel de guerre. Vos craintes sont donc infondées.

Je vous demande d'entrer en matière et d'adhérer au projet tel qu'il vous a été présenté.

Michaud Gigon Sophie (G, VD): Monsieur le conseiller fédéral, merci beaucoup pour vos explications. Je partage clairement votre satisfaction concernant le volet économique de cet accord, mais je me demandais à quel point la dimension de la durabilité avait aussi été intégrée dans les négociations et comprise par les partenaires comme une forme de pérennisation du développement et de la stabilité économique. Vous en avez juste parlé à la fin, mais pourriez-vous nous indiquer quelle proportion ce volet a représenté dans les discussions, quelle place il a prise dans les négociations?

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Volontiers, Madame la conseillère nationale. Je peux vous dire – et je l'ai constaté personnellement, puisque je me suis engagé en tous cas deux fois sur place – que cela se trouve





au haut niveau de l'agenda de l'Inde. Il y a des problèmes extrêmement importants en matière de pollution de l'air. Le ministre Goyal était particulièrement intéressé par les compétences, dans les pays de l'AELE, en matière d'énergie renouvelable qu'amènera l'Islande, notre partenaire qui est parmi les numéros 1 ou 2 mondiaux dans ce domaine. Les Norvégiens ont insisté fortement, car ils ont un fonds souverain doté de 1000 milliards de dollars – si je m'en souviens – et ont expressément dit vouloir investir dans ces secteurs, ce qui intéressait le ministre Goyal. Nos technologies, par exemple en matière de transports publics pour désengorger les villes ou de protection de l'environnement, sont extrêmement intéressantes pour les Indiens. Cela ne vaut pas seulement pour l'Inde, car je l'ai constaté lorsque j'ai discuté avec des pays du groupe des BRICS, comme le Brésil. Les Indiens ne veulent pas qu'on leur dise comment ils doivent faire. Il faut parler d'égal à égal, avec une solution "win-win". Très concrètement, la protection de l'environnement et la durabilité sont au sommet de leur agenda.

Jost Marc (M-E, BE): Herr Bundesrat, ich freue mich über das Ergebnis dieser Verhandlungen. Ich habe eine Frage zu Ihren Äusserungen zur Minderheit Romy. Sie haben gesagt, dass der Bundesrat den Antrag dieser Minderheit ablehne, weil er keine Planwirtschaft wolle. In der Schweiz hat die Bevölkerung in der letzten Zeit Klimaschutzgesetzgebungen gefordert, und wir haben die Gesetze auch verabschiedet. Würden Sie das auch als Planwirtschaft bezeichnen? Sehen Sie da nicht eine Diskrepanz zur Ablehnung des Antrages dieser Minderheit?

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Non, je ne vois pas de contradictions ou de problèmes. Encore une fois, il est extrêmement important de reconnaître ce à quoi l'Inde s'est engagée. Nous avons aussi créé ce sous-comité pour traiter de toutes ces questions de durabilité, pour voir comment on peut aider l'Inde à investir, je dirais, de manière judicieuse. Or, c'est à eux d'agir, et ce sont aussi eux qui vont décider dans quels secteurs il est absolument nécessaire d'investir. Certainement que les secteurs en lien avec la durabilité sont tout en haut de l'agenda. Pensez par exemple à l'amélioration de la qualité de l'air et à différents secteurs. De plus, dans les discussions que l'on aura au sein du sous-comité et dans l'étude ex post que nous ferons si vous acceptez le postulat 25.3002 tout à l'heure – que le Conseil fédéral vous invite à accepter –, nous pourrions suivre l'évolution et, le cas échéant, apporter des corrections. Je ne vois pas de contradictions.

Molina Fabian (S, ZH): Herr Bundesrat, es ist bekannt, dass Kinderarbeit in Indien nach wie vor weit verbreitet ist, insbesondere im grossen Textilsektor. Mit dem Abkommen wird auch die Einfuhr von Kleidern aus Indien zunehmen. Die Europäische Union hat im letzten Jahr die Zwangsarbeitsrichtlinie erlassen und damit auch Kinderarbeit verboten. In die EU dürfen also keine Produkte mehr eingeführt werden, die durch Zwangs- oder Kinderarbeit hergestellt wurden.

Die Schweiz jedoch wird mit diesem Abkommen die Zölle für genau diese Produkte senken. Warum hat der Bundesrat dieses Problem in diesem Abkommen nicht adressiert? Wenn er diese Frage nicht für jedes Land einzeln regeln will: Wann wird er die Zwangsarbeitsrichtlinie der EU übernehmen? Denn für die Konsumentinnen und Konsumenten in diesem Land ist es doch entscheidend, zu wissen, ob Produkte mithilfe von Zwangsarbeit oder Kinderarbeit hergestellt wurden.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Monsieur le conseiller national Molina, la Suisse se préoccupe du droit des travailleurs. Elle ne le fait pas seulement avec l'Inde, elle le fait dans les négociations qui sont menées actuellement pour la modernisation de l'accord avec la Chine. Encore une fois, quand on parle de durabilité, on ne parle pas seulement de protection de l'environnement, mais également de droits des travailleurs et aussi de travail forcé, que ce soit celui des enfants ou non. Encore une fois, avec le sous-comité, que nous avons dans l'accord, nous allons pouvoir suivre la situation dans ce secteur, thématiser ce sujet et inciter l'Inde à procéder à des améliorations. S'il n'y a pas d'accord, la situation va rester telle qu'elle est. Là, nous avons une amélioration et, si vous acceptez ce postulat, encore une fois, quatre à cinq ans après, nous pourrions tirer un bilan, mais on ne va pas attendre cinq ans pour rendre compte au Parlement: on verra toutes les années ou tous les deux ans comment cela évoluera et le Parlement sera renseigné. Je suis personnellement optimiste quant à une évolution de la situation, mais cela doit se passer lors de discussions approfondies avec nos partenaires, les yeux dans les yeux.

Gugger Niklaus-Samuel (M-E, ZH), für die Kommission: Ich möchte, Herr Molina, nach Ihrem flammenden, aber auch aggressiven Votum abschliessend noch einmal die Frage in Erinnerung rufen: Wie wollen wir denn in einer globalisierten Welt miteinander umgehen? Wollen wir einander einfach Sachen vorhalten, oder wollen wir gerade mittels Freihandel an einer besseren Welt arbeiten?





Ich selber komme aus Südindien. Ich kenne die Textilindustrie, und, lieber Herr Molina, ich lade Sie von Herzen ein, mit mir zur South Indian Mills Association zu kommen. Ich zeige Ihnen, dass dort viel grüner produziert wird, als Ihr Vorwurf vermuten lässt. Auf die Kinderarbeit können wir nur Einfluss nehmen, wenn wir diesem Freihandel zustimmen.

Sie sagten in Ihrem Votum, Herr Molina, die Apotheke der armen Menschen sei gefährdet. Nein, gerade diesbezüglich haben wir uns ja mit den grossen Playern in dieser Welt unterhalten, mit Novartis, mit Roche, sodass auch Indien sich einverstanden erklären konnte.

Und zum Abschluss: Heute schauen nicht nur die Schweiz, nicht nur die EFTA-Staaten Island, Norwegen und Liechtenstein, sondern auch Europa, das UK und die ganze Welt auf uns. Wollen wir heute ein Zeichen setzen, um gemeinsam vorwärtszukommen? Wollen wir das, was verschiedene Vorrednerinnen und Redner gesagt haben, nämlich für den Wohlstand der Schweiz mit Indien zusammenzuarbeiten?

Ich komme zum Schluss: Es ist ein Zeichen für die Zukunft, wenn wir nun gemeinsam diesem Abkommen zustimmen, denn, und das gilt es festzuhalten, die Kommission beantragt Ihnen mit 17 zu 3 Stimmen bei 5 Enthaltungen, dem Abkommen zuzustimmen. Ich glaube, das ist ein starkes Zeichen. Weiter muss ich dies nicht ausführen.

AB 2025 N 485 / BO 2025 N 485

Rumy Farah (S, SO): Herr Gugger, vielen Dank für Ihre ausführliche Antwort. Sie haben jetzt sehr ausführlich auch über Ihre Erfahrungen in Indien gesprochen. Trugen Sie diese jetzt im Namen der Kommission vor, oder war das Ihre persönliche Sicht?

Gugger Niklaus-Samuel (M-E, ZH), für die Kommission: Ich habe extra nachgefragt. Mir steht es frei, als Kommissionssprecher hier meine persönliche Haltung und die Kommissionshaltung darzulegen, auch während zehn Minuten.

Marchesi Piero (V, TI), per la commissione: Vorrei velocemente ribadire l'importanza e riassumere i vantaggi di questo accordo per l'economia svizzera e in modo particolare per l'export, per i settori dell'orologeria, del chimico, della farmaceutica, ma anche in parte per il settore alimentare, per migliorare e standardizzare le regole per i prestatori dei servizi in India.

Questo è un accordo che darà un enorme vantaggio alla nostra economia, un vantaggio competitivo, visto che pochi altri Stati potranno beneficiare di questo accordo e questo va ricordato. È un'occasione unica per la nostra economia di esportazione per diversificarsi, per rendersi dunque anche più indipendente, per avere la possibilità per le nostre aziende di aumentare le occasioni di sviluppo e, vorrei ricordare, per consolidare e migliorare anche i posti di lavoro in Svizzera.

A nome della commissione vi invito a non seguire la minoranza Rumy rigettando la sua proposta; vi invito piuttosto a seguire la maggioranza e dunque a dare il via a quest'occasione unica per la nostra economia di esportazione.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

**Bundesbeschluss über die Genehmigung des Handels- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indien
Arrêté fédéral portant approbation de l'Accord de partenariat commercial et économique entre les Etats de l'AELE et l'Inde**

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates





Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 1a

Antrag der Minderheit

(Rumy, Arslan, Badertscher, Fehlmann Rielle, Friedl Claudia, Molina, Nussbaumer, Walder)

Der Bundesrat regelt in einer Verordnung, dass Investitionen gemäss Artikel 7.1 dieses Abkommens ausgeschlossen sind, wenn sie wesentliche ökologische Schäden verursachen, den Klimaschutz untergraben oder die Erhaltung natürlicher Lebensräume gefährden. Ebenso dürfen Investitionen nicht zu einer Unterlaufung der sozialen oder ökologischen Standards beitragen, sondern sollen die Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung fördern.

Art. 1a

Proposition de la minorité

(Rumy, Arslan, Badertscher, Fehlmann Rielle, Friedl Claudia, Molina, Nussbaumer, Walder)

Le Conseil fédéral règle dans une ordonnance que les investissements visés à l'article 7.1 de cet accord sont exclus s'ils causent des dommages écologiques importants, compromettent la protection du climat ou mettent en péril la conservation des habitats naturels. Les investissements ne doivent pas non plus contribuer à escamoter les normes sociales ou environnementales, mais doivent promouvoir les principes du développement durable.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.069/30427)

Für den Antrag der Minderheit ... 61 Stimmen

Dagegen ... 129 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Art. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 24.069/30428)

Für Annahme des Entwurfes ... 131 Stimmen

Dagegen ... 22 Stimmen

(38 Enthaltungen)

Präsidentin (Riniker Maja, Präsidentin): Die beiden Räte haben übereinstimmende Beschlüsse gefasst. Das Geschäft ist somit bereit für die Schlussabstimmung.